

Bundesausschuss Obst und Gemüse Mitteilungen



bog

Nr. 12/2014
11. Dezember 2014

Inhalt:

Seite

Importstopp Russlands erfordert die politische Unterstützung bei der Erschließung neuer Exportmärkte	1
Landwirtschaft im Schraubstock zwischen Preis- und Kostendruck	2
Bekämpfungsstrategie für die Kirschessigfliege dringend erforderlich	3
Herbsttagung des deutschen Gemüsebaus in Cottbus – Geschmack, ein vergessenes Qualitätsmerkmal	4
Dokumentation: Erklärung des DBV-Präsidiums: Im Schraubstock zwischen Preis- und Kostendruck – Forderungen des Berufsstandes zur aktuellen Markt- und Wettbewerbslage der deutschen Landwirtschaft	6



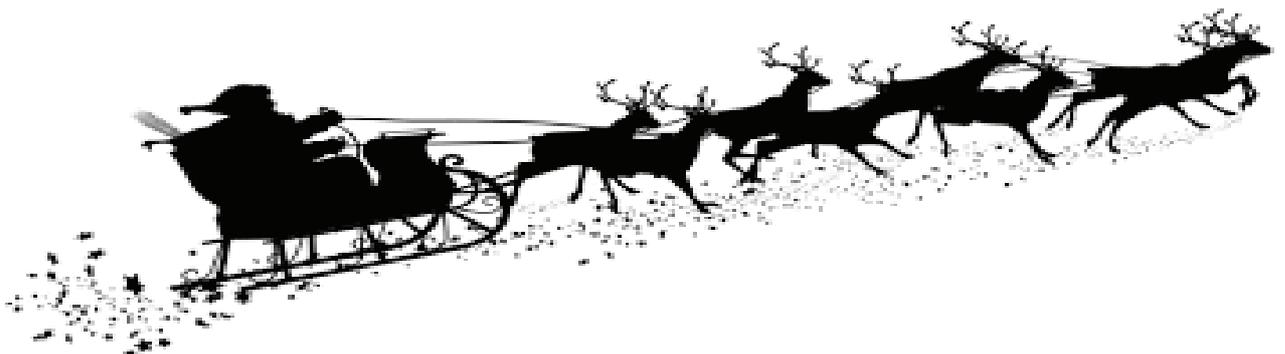
*Allen Beziehern unserer
BOG-Mitteilungen
wünschen wir*

*Gesegnete Weihnachten
und ein
Erfolgreiches Jahr 2015*

Bundesausschuss Obst und Gemüse

Jens Stechmann

Dr. Hans-Dieter Stallknecht



IMPORTSTOPP RUSSLANDS ERFORDERT DIE POLITISCHE UNTERSTÜTZUNG BEI DER ERSCHLIEßUNG NEUER EXPORTMÄRKTE

Am 13. November 2014 diskutierten die Vorsitzenden des Bundesausschusses Obst und Gemüse, Jens Stechmann, und der Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse, Karl Voges, mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages, Gitta Connemann, sowie den Abgeordneten und Berichterstattern der Fraktionen Kordula Kovac, Jeannine Pflugradt, Karin Binder, Hermann Färber und Harald Ebner wichtige Themen für den Obst- und Gemüsebau.

Im Mittelpunkt der Diskussionsrunde mit den Abgeordneten standen zunächst die Folgen des Russland-Embargos für den Obst- und Gemüsemarkt. Aufgrund einer an sich vergleichsweise großen Ernte bei fast allen Obst- und Gemüseerzeugnissen und dem Importstopp Russlands stehen die Märkte für Obst und Gemüse stark unter Druck. Die hiesige Obst und Gemüsebranche leidet unter den direkten und indirekten Auswirkungen des Importstopps - so Voges und Stechmann. Bei Äpfeln gab es einen Preisabschwung. Um aus der Talsohle heraus zu kommen und für die Zukunft flexibler in den Absatzwegen zu werden, benötigt die deutsche Wirtschaft die Unterstützung der Bundesregierung. Die Bundesregierung ist bei der Erschließung neuer Exportmärkte, insbesondere im asiatischen und südamerikanischen Raum gefordert. Es gilt phytosanitären Handelshemmnisse abzubauen und hierdurch den Marktzugang für deutsche Produkte in diesen Ländern zu ermöglichen.

Darüber hinaus ist die Absatzförderung deutlich zu forcieren und auch hier ist die Bundesregierung in der Pflicht, für die politisch bedingten Störungen der Obst- und Gemüsemärkte durch Sanktionsmaßnahmen der Bundesregierung und der EU gegenüber Russland aktiv einzutreten. Eine finanzielle Unterstützung von Projekten innerhalb der Kampagne „Deutschland - Mein Garten“ wäre hier ein zielführender Ansatz. Ebenso ist für die Betriebe im Obst- und Gemüsebereich die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage seitens der Politik vorzusehen.

In weiteren Themen wurde die Erarbeitung einer erfolgreichen Bekämpfungsstrategie für die Kirschessigfliege diskutiert. Die Abgeordneten und der Berufsstand waren sich einig, dass für 2015 hier für eine wirksame Bekämpfungsstrategie mindestens drei Wirkstoffe zur Verfügung stehen müssen und insgesamt die Forschung mit zusätzlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden muss. Insgesamt stellten die Abgeordneten und die Vertreter des Bundesausschusses Obst und Gemüse und der Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse beim Pflanzenschutz darüber hinaus fest, dass die Harmonisierung der Pflanzenschutzmittelzulassung mit dem Verfahren der Zonalen Zulassung deutlich vorange-

bracht werden muss. Hier wurde die Politik dann auch aufgefordert, wichtige Harmonisierungsarbeiten voranzutreiben. Hier geht es insbesondere um eine Harmonisierung der Bewertungsgrundlagen und des Risikomanagements, aber auch der Anwendungsbestimmungen, der Anwendungsgebiete und des Kulturbaumes.

Hinsichtlich des politisch eingeführten Mindestlohnes gaben die berufsständigen Vertreter erneut zu bedenken, dass hier im nächsten Jahr, sofern nicht im Schulterschluss mit dem Lebensmitteleinzelhandel für deutsche Erzeugnisse auch entsprechend höhere Präferenzen eingeräumt werden, bei dem Betrieben des Obst- und Gemüsebaues Entlassungen von festen Arbeitskräften und Saisonarbeitskräften anstehen bzw. Betriebsaufgaben zu befürchten seien. Die Politik sei hier gefordert, genau zu beobachten welche Auswirkungen der politisch gewollte Mindestlohn auf die Strukturen und das Preisgefüge haben werden.

Abschließend stand noch ein Sachstandsbericht zur Sondergebietsverordnung im Alten Land auf der Tagesordnung. Hier gilt es, mit speziellen Vorschriften die Kulturlandschaft im Alten Land auch für künftige Generationen zu erhalten und die Bewirtschaftung auf diesem schwierigen Terrain mit zahlreichen Wassergräben auch in Zukunft zu ermöglichen.

LANDWIRTSCHAFT IM SCHRAUBSTOCK ZWISCHEN PREIS- UND KOSTENDRUCK

Vor dem Hintergrund der unter Druck geratenen Preise auf vielen Agrarmärkten hat das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes dazu aufgerufen, zusätzliche Anforderungen und Auflagen für die Landwirtschaft zuallererst an der Realität der Märkte zu orientieren. Zahlreiche Faktoren setzen aktuell die Preise für Schlachtschweine und Ferkel, Getreide und Ölsaaten, Obst, Gemüse und Milch unter Druck. Hierzu gehören „politische Entscheidungen zur Ukraine-Krise und ihre handelspolitischen Folgen, Unsicherheiten über die gesamtwirtschaftlichen Konjunkturaussichten, aber auch fehlende langfristige Ausrichtung der Bioenergie- und Klimapolitik sowie die Entwicklungen auf den Weltagrarmärkten“, heißt es in der verabschiedeten Erklärung des DBV-Präsidiums. Preisaktionen des Lebensmittelhandels trieben die „negative Preisspirale zusätzlich an“.

Das DBV-Präsidium sieht die deutschen Landwirte zunehmend mit politischen Diskussionen konfrontiert, die zusätzlich kostentreibende Anforderungen, Standards und gesetzliche Auflagen zur Folge haben. Damit werde die Wettbewerbsposition der deutschen Landwirtschaft geschwächt. Marktexperten gehen jedoch davon aus, dass die Markttrends für die Landwirtschaft grundsätzlich weltweit positiv sind. Die hohe Qualität und die Sicherheit deutscher Agrarprodukte, die wachsende Weltbevölkerung, veränderte Essgewohnheiten sowie die steigende Nachfrage nach Agrarrohstoffen für energetische und industrielle Zwecke sind

Grundlagen dieser Prognose.

Das DBV-Präsidium schlägt in seiner Erklärung ein Bündel von Maßnahmen vor, wie mit den Herausforderungen auf den Agrarmärkten umzugehen ist. Angesichts der durch politische Entscheidungen entstandenen Marktkrisen wird eine stärkere politische Unterstützung zur Krisenbewältigung gefordert. Im Hinblick auf den Lebensmittelhandel und dessen Konzentration, wie sie die jüngste Sektoruntersuchung des Bundeskartellamtes attestierte, fordert der DBV eine strengere Überwachung als bisher von Zusammenschlüssen der Unternehmen und von Dumpingpreisangeboten sowie des Verkaufs unter Einstandspreis. Als notwendig betrachtet der DBV eine weitere Sektoruntersuchung, um die missbräuchliche Ausnutzung der Einkaufsmacht zu unterbinden. Verbraucher und Lebensmittelhändler seien dem Grundsatz „Lebensmittel sind mehr wert“ verpflichtet. Das DBV-Präsidium verurteilte deshalb „Werbepraktiken, die auf Dumpingpreise von Lebensmitteln setzen“.

Der DBV unterstützt den Ansatz der Bundesregierung, die Erschließung neuer Absatzmärkte für die Agrar- und Ernährungswirtschaft insbesondere in Drittländern stärker zu begleiten. „Diversifikation im Export“ sei der Schlüssel, um Abhängigkeiten von einzelnen Märkten zu überwinden.

Die vollständige Erklärung des DBV-Präsidiums ist als Dokumentation beigefügt und ist zum Downloaden unter www.bauernverband.de/erklaerung-agrarmaerkte verfügbar.

BEKÄMPFUNGSTRATEGIE FÜR DIE KIRSCHESSIGFLIEGE DRINGEND ERFORDERLICH

Eine Bekämpfungsstrategie für die Kirschessigfliege ist für 2015 dringend erforderlich. Dies ist das Ergebnis eines hochkarätigen Fachgespräches im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft am 24. November 2015. Unter Vorsitz von BMEL-Abteilungsleiter Clemens Neumann und unter Beteiligung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages Kordula Kovac, Hermann Färber und Dr. Kirsten Tackmann diskutierten Vertreter der Pflanzenschutzdienste der Länder sowie der Ministerien mit den Vertretern des Berufsstandes vom Deutschen Bauernverband, über den Zentralverband Gartenbau, den Deutschen Weinbauverband bis hin zum Bundesausschuss Obst und Gemüse. Aufbauend auf der Zulassungssituation von Pflanzenschutzmitteln in anderen Ländern der Europäischen Kommission, aber auch in Kanada, USA und Japan soll nun in Deutschland geprüft werden, welche Pflanzenschutzmittel 2015 für eine wirksame Bekämpfung der Kirschessigfliege erforderlich sind. Daneben sollen in einem breitem Maßnahmenpaket von der Bestandskontrolle und Bestandspflege bis hin zu Köderverfahren und Massenfänge sowie einer Verstärkten Forschung ein Gesamtpaket erstellt werden. Forschungsthemen sind dabei unter anderem die Phänologie

und die Kulturlandschaft, die Besiedlung und die Migration, die Überwinterung und die Wirtzpflanzen, die Entwicklung von Lockstofffallen und Köderverfahren, sowie die biologische Bekämpfung und letztlich auch die Optimierung des Insektizideinsatzes sowie die Bestandsführung und Bestandskontrolle.

Gemeinsam werden das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, das Julius Kühn-Institut und der Berufsstand dieses Maßnahmenpaket erarbeiten.

2011 wurde die Kirschessigfliege erstmals nachgewiesen und hat 2014 im Obstbau zu ersten größeren Schäden geführt. Betroffen waren fast alle Bundesländer, wobei die größten Schäden in 2014 im südwestlichen Teil Deutschlands festzustellen waren. Aufgrund der massenhaften Vermehrung in 2014 steht zu befürchten, dass auch in 2015 ein massiver Befall möglich ist.

HERBSTTAGUNG DES DEUTSCHEN GEMÜSEBAUS IN COTTBUS – GESCHMACK; EIN VERGESSENES QUALITÄTSMERKMAL

Unter dem Motto „Geschmack – ein vergessenes Qualitätsmerkmal“ fand vom 19. bis 22. November in Cottbus die 49. Herbsttagung der Fachgruppe Gemüsebau im Bundesausschuss Obst und Gemüse statt. Unter der Leitung des Vorsitzenden Christian Ufen, gab es Vorträge zu den Themen Geschmack und Frische.

Professor Dr. Bernhard Tauscher von der Arbeitsgemeinschaft für Geschmacksforschung in Hirschberg referierte darüber, wie Geschmack wahrgenommen wird. Anhand von Geschmacksproben konnte er die Anwesenden überzeugen, dass Riechen eine größere Bedeutung hat als Schmecken. Wissenschaftlich erwiesen sei, dass die Geschmackszellen eines Menschen mit zunehmendem Alter rapide abnehmen.

Dr. Martin Geyer vom Leibniz-Institut für Agrartechnik Bornim ging auf das Thema „Frischeterminal – Entscheidungshilfe für Kunden“ ein. Diese Entscheidungshilfen spielen eine zunehmende Rolle in der gartenbaulichen Wertschöpfungskette. Eine projektbezogene Umfrage zeige, dass der Verbraucher beim Einkauf von Obst und Gemüse mehr Informationen, insbesondere über Regionalität und Frische der Ware, wünscht. Hier könnten neue Medien die Informationslücke schließen.

Andrea Schieder von Enza Zaden befasste sich mit dem Thema „Züchtungsziele im Spannungsfeld zwischen Geschmack und anderen Parametern aus der Sicht eines Züchters“.

Sie betonte, dass die Züchtung einer neuen Sorte sehr lange dauert und es daher eines langen Vorlaufs bei der Festlegung der Zuchtziele bedarf.

Dr. Andreas Jende, Geschäftsführer des Gartenbauverbandes Berlin-Brandenburg, stellte den Gemüsebau in Brandenburg vor. So seien Spreewälder Gurken und der Beelitzer Spargel sicherlich die größten Aushängeschilder des brandenburgischen Gemüsebaus, dessen Anbaufläche insgesamt 5.400 Hektar beträgt. Professor Dr. Fritz-Gerald Schröder von Hochschule für Technik und Wirtschaft in Dresden, äußerte sich zum „Gemüsebau in 50 Jahren“. Er prognostizierte, dass immer mehr Ackerland verloren gehen wird, während die Weltbevölkerung wachsen wird. So wird es eine große Herausforderung werden, auf immer kleiner werdenden Flächen immer höhere Erträge zu erzielen. Daraus müssen sich dann auch neue Kultur- und Anbauformen entwickeln.

Abteilungsleiterin Birgit Korth vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg betonte, dass der Gartenbau dieses Bundeslandes auf eine lange Tradition zurückblicke. Vor allem die Versorgungsfunktion für Berlin erfolgt zu einem großen Teil aus Brandenburg. Die kurzen Wege zum Verbraucher spielen insbesondere beim Spargel, aber auch beim Gemüse aus dem Oderbruch eine besondere Rolle. Sie hob die Entwicklung des Wirtschaftsgebietes Spreewald mit seinen Gurkenspezialitäten, Meerrettich und weiteren Gemüsearten hervor.

Jörg Kirstein, Präsident des Gartenbauverbandes Berlin-Brandenburg, begrüßte die Delegierten des deutschen Gemüsebaus zur Herbsttagung, die auf Einladung seines Landesverbandes und des Landesbauernverbandes Brandenburg in Cottbus stattfand. Er hob hervor, dass der brandenburgische Gartenbau zwar nur ein Prozent der landwirtschaftlichen Fläche bewirtschaftete, aber rund zehn Prozent der Wertschöpfung erziele mit 20 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft.

Udo Folgart, Mitglied des Landtages Brandenburg und Präsident des Landesbauernverbandes Brandenburg sowie Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes benannte die praxisgerechte Ausgestaltung der Düngeverordnung als eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Wochen. Folgart ging darüber hinaus auf die Bereiche Mindestlohn, GAP-Reform, Harmonisierung des Pflanzenschutzes ein. Bei der GAP-Reform betonte Folgart, dass hier der Deutsche Bauernverband für Gemüse das Maximum erreicht habe. So ist es insbesondere gelungen, die Dauerkulturflächen beim Greening komplett herauszunehmen. Für Spargel gelten deshalb die Regeln für die Anbaudiversifizierung und für die Stilllegung nicht.

662. Sitzung des Präsidiums am 04. November 2014

TOP 4: DBV-Position Volatile Märkte – Einschätzung und Forderungen aus Sicht des Berufsstandes

Erklärung des DBV-Präsidiums:

Im Schraubstock zwischen Preis- und Kostendruck - Forderungen des Berufsstandes zur aktuellen Markt- und Wettbewerbslage der deutschen Landwirtschaft

Aktuell setzen zahlreiche Faktoren die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise auf breiter Basis unter Druck. Dazu gehören politische Entscheidungen zur Ukraine-Krise und ihre handelspolitischen Folgen, Unsicherheiten über die gesamtwirtschaftlichen Konjunkturaussichten, aber auch eine fehlende langfristige Ausrichtung der Bioenergie- und Klimapolitik sowie Entwicklungen auf den Weltagrarmärkten. Betroffen sind in erster Linie die Märkte für Schlachtschweine und Ferkel, Getreide und Ölsaaten, Obst und Gemüse und der Milchsektor. Preisaktionen des Lebensmitteleinzelhandels treiben die negative Preisspirale zusätzlich an.

Gleichzeitig sind die deutschen Landwirte mit einer politischen Diskussion konfrontiert, die zusätzliche kostentreibende Anforderungen, Standards und gesetzliche Auflagen zur Folge hat. Diese Diskussion steht in einem deutlichen Gegensatz zur Notwendigkeit, die Wettbewerbsposition der Landwirtschaft in Deutschland zu stärken und sie in die Lage zu versetzen, mit den Marktentwicklungen umgehen zu können.

Davon unabhängig sind die globalen fundamentalen Trends für die Landwirtschaft weiter positiv. Eine wachsende Weltbevölkerung mit steigender Kaufkraft, veränderte Ernährungsgewohnheiten sowie die hohe Qualität und Sicherheit deutscher Agrarprodukte versprechen weiter gute Chancen in den Märkten. Dazu kommt eine wachsende Nachfrage nach Agrarrohstoffen für Energie- und industrielle Zwecke.

Vor diesem Hintergrund fordert das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes:

1. Durch politische Entscheidungen bedingte Marktkrisen müssen auch eine politische Unterstützung zu deren Bewältigung nach sich ziehen. Das russische Embargo für europäische Agrarprodukte hat eine Reihe von kurzfristigen, zeitlich begrenzten Marktstützungsmaßnahmen erforderlich gemacht. Die Finanzierung dieser Maßnahmen darf aber nicht dem EU-Agrarhaushalt aufgebürdet werden, sondern muss aus den allgemeinen Haushaltsmitteln bestritten werden. Die zur Verfügung stehenden Instrumente zur Krisenbewältigung müssen im Sinne eines Sicherheitsnetzes funktionsfähig bleiben und auch für die nächsten Monate verfügbar gehalten werden. Der Deutsche Bauernverband spricht sich dabei ausdrücklich gegen eine Rückkehr zu staatlicher Mengensteuerung an den Agrarmärkten und Preisgarantien aus.
2. Die jüngst vorgelegte Sektoruntersuchung des Bundeskartellamts hat erneut gezeigt, wie bedenklich die Konzentration von Nachfragemacht in den Händen weniger Handelsketten ist. Die Landwirte haben bisher nur geringen Schutz vor dieser geballten Marktmacht. Die Wettbewerbspolitik und das Bundeskartellamt müssen strenger als bisher überwachen:
 - Zusammenschlüsse von Unternehmen des Lebensmittelhandels.
 - Missbräuchliche Ausnutzung von Einkaufsmacht (z.B. sog. „Hochzeitsrabatte“; Sonderkündigung von Lieferverträgen, wenn andere Einzelhandelsunternehmen Preise senken). Notwendig ist eine weitere Sektoruntersuchung, die auf diese Geschäftspraktiken abzielt.
 - Dumpingpreisangebote sowie Verkauf unter Einstandspreis.Gleichzeitig erfordern die asymmetrischen Machtverhältnisse in der Lebensmittelkette eine weitere Stärkung der Position der Erzeuger, damit eine angemessene Beteiligung an der Wertschöpfung in der Vermarktungskette sichergestellt ist. Dies muss durch eine weiter verbesserte kartellrechtliche Privilegierung von Erzeugern und deren Zusammenschlüssen umgesetzt werden.
3. Die Erschließung neuer Absatzmärkte für die Agrar- und Ernährungswirtschaft insbesondere in Drittländern muss von der Bundesregierung wesentlich stärker begleitet werden. Die Auswirkungen des Russland-Embargos haben gezeigt, dass Diversifikation im Export ein Schlüssel zur Überwindung von Abhängigkeiten von einzelnen Märkten sein kann. Flankiert werden müssen diese Exportaktivitäten der Wirtschaft mit Drittländern vor allem über Veterinärvereinbarungen. Dazu müssen die personellen und finanziellen Ressourcen im BMEL weiter deutlich aufgestockt werden. Agrarexporte sind für die Weiterentwicklung der deutschen Agrar- und

Ernährungswirtschaft sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht von großer Bedeutung. Das Bekenntnis der Bundesregierung zu Exporten der Agrar- und Ernährungswirtschaft wird daher ausdrücklich begrüßt.

4. „Lebensmittel sind mehr wert“: Auch Verbraucher und Lebensmittelhandel sind diesem Grundsatz verpflichtet. Der landwirtschaftliche Berufsstand verurteilt Werbepraktiken, die auf Dumpingpreise von Lebensmitteln setzen. Ein Werbeverbot für Schleuderpreise wird gefordert.
5. Die Verarbeiter von Lebensmitteln und die Vermarkter von landwirtschaftlichen Primärprodukten sind gefordert, sich nicht mit einer Niedrigpreisstrategie zu begnügen, sondern intelligente und effiziente Wege für die Vermarktung, für neue Produkte und Märkte zu finden.
6. Die Nutzung der Bioenergie und nachwachsender Rohstoffe hat in Zeiten von Energiewende und knapper werdenden fossilen Rohstoffen eine hohe strategische und wirtschaftspolitische Bedeutung. Sie hat auch eine wichtige Pufferfunktion für volatile Agrarmärkte und stabilisiert landwirtschaftliche Einkommen. Der marktorientierte Ausbau der Bioenergie in enger Verknüpfung mit der Futtermittel- und Nahrungsmittelproduktion bleibt daher agrar- und umweltpolitisch sinnvoll und geboten.
7. Der aktuelle wirtschaftliche Druck auf die Erzeuger zeigt, dass sich Auflagen gesetzlicher Art, zusätzliche Anforderungen der Marktpartner, der Medien und der Öffentlichkeit sowie politische Leitbilder für die Landwirtschaft stets an der Realität der Märkte orientieren müssen. Nachhaltigkeit bedeutet auch immer ökonomische Nachhaltigkeit und bedarf einer wirtschaftlichen Perspektive für die Landwirte.
 - Der DBV fordert daher eine offene Diskussion darüber, wie die Mehrkosten und Mindererlöse in Folge zusätzlicher staatlicher bzw. gesellschaftlicher Anforderungen an die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft wirtschaftlich umgesetzt werden können. Insofern ist der Erfolg der neuen „Initiative Tierwohl“ ein wichtiger Prüfstein, ob es der Lebensmitteleinzelhandel mit Bekenntnissen zu Nachhaltigkeit ernst meint.
 - EU, Bund und Länder werden dringend aufgefordert, bei allen geplanten zusätzlichen Regulierungen und Auflagen (u.a. JGS-Anlagen, Düngeverordnung, Zulassung von Stalleinrichtungen) die Belastungen für die Wettbewerbsfähigkeit der wirtschaftenden Betriebe gering zu halten bzw. neue Anreize für Investitionen in die Modernisierung der Betriebe zu schaffen. Zusätzliche Kostenbelastungen, die nur den Strukturwandel weiter anheizen, müssen unterbleiben.

8. Das vorhandene Instrumentarium zum Risikomanagement und zur Bewältigung von Marktschwankungen muss stärker genutzt werden. Bei der Stärkung von Terminbörsen und Terminmarktprodukten als Absicherungsinstrument sind vor allem die Verarbeiter und der Agrarhandel gefordert, den landwirtschaftlichen Erzeugern passgenaue Terminkontrakte und Instrumente anzubieten. Dies gilt insbesondere bei Milch. Politisch gilt es, die Funktionsfähigkeit dieser Risikomanagement-Instrumente zu stärken und drohende Überregulierungen zu verhindern.
9. Der DBV erneuert seine Forderung nach einer steuerlichen Risikoausgleichsrücklage zur Stärkung der betrieblichen Eigenvorsorge. Landwirtschaftliche Unternehmer brauchen eine Möglichkeit, in ertragreicheren Jahren die Krisenvorsorge auch steuerlich in Ansatz zu bringen. Dies stärkt die wirtschaftliche Substanz der Betriebe und deren Fähigkeit, auf Marktkrisen zu reagieren. Dies ist angesichts gestiegener Markt-, Wetter- und Preisrisiken zur Sicherung der Liquidität in den Betrieben und damit als „Hilfe zur Selbsthilfe“ mehr denn je geboten.